

Berliner Tageblatt



und Handels-Zeitung

Chef-Redakteur Theodor Wolff in Berlin.
Druck und Verlag von Rudolf Wolff in Berlin.

Vor der russischen Gegenoffensive.

Russische Truppenmassen

im Rücken der Polen?

Warschau, 28. August. (Z. I.)

Der Königsberger „Allgemeine Zeitung“ wird vom Pressedienst der Landesgrenzpolizei mitgeteilt: Die polnische Besatzung des Grenzlagarum Proszchen ist am 26. August nachfolgende Alarme eilrig in der Richtung auf Grajewo abgerückt. Bei Grajewo werden Schützen- und Artillerieabteilungen der polnischen Truppen in den Straßen im Laufe des 26. August in Richtung auf Grajewo marschiert, weil sich größere russische Truppenmassen im Rücken der bei Grajewo stehenden Polen befinden. Nach Meldungen aus Jadowizna haben die Russen am 24. und 25. August in Richtung auf Grajewo große Transporte von Munition und Proviant erhalten. Große Transporte sind in Richtung Suwalki und Augustowo befördert worden. Aus Warschau wird berichtet, daß die polnische Offensivbewegung der Truppen und wachsendem Widerstand der Bolschewiken vorläufig zum Stillstand gekommen sei. Im Norden sind die Polen bis Grajewo vorgedrungen und weiter südlich wurde Trischowice eingenommen.

Die Konferenz im Aix les Bains.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

W. Basel, 28. August.

Aus Paris wird gemeldet: Der „Temps“ schreibt über das Verhalten Lord Georges zu den Bolschewiken, Lord George habe während des Krieges zu viel Besonnenheit, Mut und Jahre Ausdauer bewiesen, daß man sich der Ansicht, Lord George kapitulierte vor den Bolschewiken, nicht anschließen könne. Man erwartet, daß Lord George in seiner Antwort an die Bolschewiken

nochmals energisch seinen Willen Ausdruck geben werde, daß er sich weder einschließen noch bloßstellen läßt, und daß er Polen nur einen Friedensschluß anrate, der dem polnischen Staate die vollkommene Integrität und Unabhängigkeit sichert. Integrität und Unabhängigkeit der polnischen Republik seien auch in den Augen Frankreichs die Grundbedingungen für den europäischen Frieden.

Der russische Oberbefehlshaber über die Kriegslage.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

Warschau, 28. August.

Der Wiener Vertreter des „Daily Herald“ berichtet über eine Unterredung mit Tschaschewski, dem 28 Jahre alten russischen Oberbefehlshaber an der polnischen Front. Dieser sagte u. a.: „Liniere Offensivbewegungen dauerte einen Monat und endete mit einer gründlichen Niederlage für die Polen; aber diese haben jetzt zu viel Hilfe von der Entente erhalten, daß sie imstande waren, sich neu zu gruppieren. Die Polen begannen eine Gegenoffensive, als wir uns der Weichsel näherten, und zwar mit auffallender, ungewöhnlicher Energie, denn ihre früheren Gegenstände waren stets vorsichtig und ängstlich. Wir sind darauf zurückgegangen, haben aber unsere Armee intakt gehalten. Unbedingte Hilfsquellen stehen uns noch zur Verfügung; denn ganz Rußland ist für die Polenkrieg begeistert. Solche Gegenstände waren z. B. in unserem Bürgerkrieg häufig und führten stets nur dazu, den Siegeswillen der Arbeiter zu stärken. In zehn Tagen werden wir härter sein, als jemals.“

Der Aktionsauschuss der englischen Arbeiter hat nicht nur, wie früher gemeldet, ein Manifest erlassen, das auf den völlig ungeschicklichen Charakter des englischen Ultimatum in Moskau und die neue Kriegsgeschichte hinweist, sondern auch alle lokalen Ausschüsse instruiert, sich klar zum Gesichts zu machen.

Die Neugliederung des Reiches.

Die Bildung einer Reichskommission.

Von
Erich Dombrowski.

Im Reichsministerium des Innern ist, unter Leitung des Ministerialdirektors v. Welser, eine Zentralkommission für die Neugliederung des Reiches geschaffen worden. Eine Kommission, die aus Vertretern der einzelnen Länder, aus führenden Berufsinteressen des Handels, der Industrie, des Gewerbes, der Landwirtschaft, aus Hochschullehrern, praktischen Volkswirtschaftlern und Verwaltungsbeamten bestehen soll, wird demnächst ins Leben treten, um sich einmal prinzipiell mit der Frage einer neuen, rationelleren Gliederung des Reiches zu beschäftigen und zum andern, um zu praktischen Vorschlägen aus den einzelnen Reichsgebieten Stellung zu nehmen.

Damit wird der Faden wieder aufgenommen, den der frühere Minister Hugo Preuss in seiner vielumstrittenen Denkschrift zu seinem Verfassungsentwurf gesponnen hat. Damals riefen seine rein theoretischen Vorschläge einen wahren Sturm der Entrüstung in weiten Kreisen hervor, und so heftig und stark war die Gegenbewegung, daß der Gedanke, das Deutsche Reich über alle Traditionen einer vielstimmigen dynastischen Hauspolitik hinweg nach vernünftigen geographischen, wirtschaftlichen und stammes-eigenständlichen Grundrissen territorial neu zu gestalten, fallen gelassen werden mußte. In Preußen traten die Parteien bis tief in die Reihen der Demokratie gegen dieses scheinbare Sakrileg an der großen Vergangenheit der hohenzollernschen Reichspolitik dagegen auf, und in Bayern war es der Unabhängige Sozialist, Ministerpräsident Otto Eisner, der, obwohl selbst kein Republikaner von Geburt, Bayerns Sonderstellung nicht um einen Deut angetastet wissen wollte. Aber die realen Verhältnisse erwiesen sich sehr bald härter als alle in der Vergangenheit wurdenden separatistischen Empfindungen und Empfindlichkeiten. Dieser Tatsache hat schließlich auch die neue Reichsverfassung Rechnung getragen müssen.

In dem achtzehnten Artikel, der aus wochenlangen schwierigen Kompromißverhandlungen hervorging, wird das Problem verfassungsrechtlich geregelt. Danach erfolgt die Änderung des Gebietes von Ländern und die Neubildung von Bundesländern innerhalb des Reiches durch ein verfassungsmäßig zu beschließendes Gesetz, das vom Reichstag mit der Mehrheit der Mitglieder beschlossen werden kann, wenn zwei Drittel der Mitglieder zugestimmt haben und wenigstens zwei Drittel der Anwesenden dafür votieren. Stimmen aber die beteiligten Länder ohne weiteres zu, oder wird die Gebietsänderung oder Neubildung durch den Willen der Bevölkerung gefordert, so genügt ein einfaches Reichsgesetz, das durch eine gewöhnliche Stimmenmehrheit des Reichstages zustande kommt. Der Willen der Bevölkerung ist durch Abstimmung festzustellen. Die Reichsregierung ordnet je an, wenn ein Drittel der zum Reichstag wahlberechtigten Einwohner des abzutrennenden Gebietes es verlangt. Erklären sich dann drei Fünftel, mindestens aber die Mehrheit der Wahlberechtigten für die Neugliederung, so hat die Reichsregierung dieser Willensäußerung in einem Gesetz Entwurf folgen zu leisten. Außerdem sehen die Nebergangs- und Schlussbestimmungen der Verfassung eine Sperre von zwei Jahren vor für alle die Fälle, in denen die unmittelbar beteiligten Länder einer territorialen Veränderung nicht ohne weiteres beipflichten, und eine Abstimmung erforderlich ist.

Ein Jahr dieser Karenzzeit ist nunmehr verstrichen. Am 11. August 1921 läuft auch das andere ab. Infolgedessen müssen rechtzeitig die teilweise sehr schwierigen einzelstaatlichen Verhältnisse geklärt sein, wenn dann Anträge auf eine Umgestaltung der Ländergrenzen eingehen, die, sollen nicht nur territoriale Zufälligkeiten wie früher unter den Dynastien entstehen, in ein geordnetes System gebracht werden müssen. Das erste Land, das bereits endgültig die Konsequenzen aus der neuen Situation gezogen hat, ist Thüringen. Die einzelnen Länder haben sich hier zu einem einheitlichen Staat zusammengeschlossen, und wenn die gerade hier typische Reichsregierung noch keineswegs überwinden ist, weil noch sämtliche Ministerien in Weimar, Neuß, Altenburg, Meiningen, Gotha und Rudolstadt antieren, so ist doch bereits an einer Stelle des Reiches der Anfang mit einer Zusammenlegung von kleineren Gebieten zu einem größeren Ganzen gemacht worden. Nur Koburg hat sich abgesetzt und Anschließung an Bayern gesucht und gefunden. Die beteiligten ein- und zwei Reichsglieder über die Neugruppierung stehen aber noch aus.

Preußen ist an der Regelung der Thüringer Frage nur verhältnismäßig wenig interessiert. Seine Erklärungen, wie Schmalldalen, Riegering und andere mehr, sind vorläufig noch nicht dem Thüringer Gesamtsitz einverleibt, aber auf die Dauer wird dieser Amalgamierungsprozess nicht aufzuhalten sein. Erst wenn man völlig mit dem Durcheinander von Vandalen aller Art aufräumt, kann man an den Neubau der Thüringer Verwaltung herantreten. Dieser Neubau ist in Thüringen wird eine der ersten Aufgaben sein, die die Reichskommission beschäftigen wird. Daneben laufen noch mehrere andere Projekte: die Verschmelzung der beiden Mecklenburgs mit Lübeck, die Bildung eines Großhessens, das sich aus Hessen-Darmstadt, aus der preussischen Provinz Westfalen zusammenfassen würde, die Verschmelzung Württemberg mit Baden, die Vereinigung Oldenburgs mit den hannoverschen Bezirken Aurich und Osnabrück und vor allem die generelle Ausrückung Preußens, bei der das heimatlich-westfälische und das hannoversche Problem nicht die geringste Rolle spielen werden.

Wenn man diese Dinge von einer einseitig paritätarischen Warte betrachtet, wenn man sich nicht von der Bismarckischen Ideenwelt, daß Deutschland eigentlich nur ein verlängertes

Die Folgen des polnischen Grubenstreiks in Oberschlesien.

Die Gefährdung der Kohlenlieferung an die Entente.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

W. Katowitz, 28. August.

Der mehrtägige Generalstreik der Polen hat die Kohlenförderung und damit die ganze wirtschaftliche Situation des Reiches außerordentlich beeinträchtigt. Uns liegen authentische Zahlen über den Förderungsrückgang vor, wobei wir ausdrücklich betonen, daß diese Zahlen nur das günstigste Resultat darstellen. Von dem Ausbruch des Streiks am 19. August war die Abgabefähigkeit 7500 Waggons mit durchschnittlich 15 Tonnen, was einem Hauptbahnenleistung von 112 000 Tonnen entspricht. Diese Förderung sank am 20. August auf 75 Prozent, am 21. August auf 38 Prozent; der 22. war ein Sonntag, daher Ruhetag. Am 23. August betrug die Förderung nurmehr 25 Prozent und erreichte am 24. und 25. August ihren Tiefstand mit 23 Prozent. Am 26. August hob sich die Förderung dann wieder auf 40 Prozent. Der Ausfall von 20. bis 26. August betrug rund 400 000 Tonnen. Die Folge des Ausfalles ist, daß die Versorgung der deutschen Staatsbahnen nicht mehr durchgeführt werden konnte. In normalen Zeiten war es üblich, daß die Bahn eine achtstündliche Vorratung erhielt. Seitdem das Reich die großen Verpflichtungen an Kohlenlieferung ins Ausland übernehmen mußte, wurde die Vorratung an die Bahn nicht mehr durchgeführt. Die Wirkung dieser mangelhaften Lieferung wird sich erst später zeigen. Gerade in der jetzigen Zeit sollen die Getreide-, Kartoffel- und Mühlenlieferungen erfolgen. Um sie durchzuführen, wird es notwendig sein, den Bahnverkehr infolge des Kohlenmangels wieder stark einzuschränken. Schiner zu leiden haben auch noch die Gas- und Elektrizitätswerke, von denen eine ganze Reihe im Reich ihre Betriebe haben einstellen müssen.

Gewiss ist der Ausfall der Kohlenförderung in Oberschlesien für die Industrie gerade katastrophal. Würde doch auf Grund des Spannungsabkommens die Lieferung der Industrie schon erheblich verringert werden. Es kommt noch hinzu, daß wir jetzt auch die uns von der Entente aufgegebenen Pflichtlieferungen nicht im entzerrten Maße ausführen können. Wenn, wie es den Anschein hat, wieder in der Förderung eine Besserung eintritt, wird auch die Entente wieder auf Lieferung der fehlenden Kohlenmengen bestehen, was für uns unabwehrbare Folgen haben dürfte. Auch die Zuckerezeugung ist gefährdet; denn die Zuckerrüben sollen bis Ende September mit Zweidrittel ihres gesamten Kampagnebedarfs gedeckt sein. Auch das ist gegenwärtig unmöglich.

Die schwierige Lage hat das Reich nur den Polen zu verdanken. Es ist nachgewiesen, daß nur polnische Arbeiter streikten und daß die deutschen Arbeiter durch Terror- und Zwangungen waren, der Arbeit fern zu bleiben. Nun ist aber ein Terror auf der Grube sehr einfach. Die eingeschickten Bergleute können von Aufständischen sehr leicht und wehrlos gefangen werden, denn es genügt, die Fördermaschinen zu zerstören. So sind wieder die in der Grube befindlichen Arbeiter verloren. Wenn aber dennoch in den Tagen des Streiks ein geringer Prozentfuß gefördert wurde, so ist es nur der Opferwilligkeit der deutschen Arbeiter zu verdanken, die unter Lebensgefahr trotz allen Terrors den Betrieb aufrecht erhielten. Ein Beispiel, wie gewissenlos die Polen den Streik ausführten, ist folgendes: Seit dem 23. August brennt die Grube Schachtl. Trotz der großen Gefahr, die der Brand für die Grube mit sich bringt, weigerten sich die polnischen Arbeiter, einzufahren und den Brand einzudämmen, bevor nicht ihre ganzen Forderungen bewilligt sind. Gestern endlich sind nun die Polen eingeschlagen, aber da der Schacht länger als drei Tage brennt, wird es nicht mehr so leicht sein, das Feuer Herr zu werden.

Vor dem Ende des Streiks.

Weschen, 28. August. (Z. I.)

In dem östlichen Oberschlesien kehrt dank dem jetzigen Eingreifen der interalliierten Truppen die Ruhe ein. Von Bandenausträufungen und Unruhen liegen heute keinerlei Meldungen vor. Dagegen verschärfte sich die Lage in den westlichen Kreisen Opper- und Groß-Schlesien. Die Arbeit wurde gestern in den Gruben bis zu 90 Prozent wieder aufgenommen, sogar auf den radikalsten bis zu 60 Prozent. Die Stabverordnungen von Weschen beschließen geflohen einmütig die von den interalliierten Behörden angeordnete Einrichtung einer Bürgerwehr auf paritätischer Grundlage. Allen Angehörigen nach wird diese paritätische Grundlage die Zusammenlegung je zur Hälfte aus Polen und Deutschen zur Folge haben, die in ganz Oberschlesien von der interalliierten Kommission durchgeführt wurde. Die der Bürgerwehr angehörenden Mannschaften müssen mindestens 25 Jahre alt sein, gebiente Soldaten, geborene Oberschlesier und nicht vorbestraft sein und werden von Bürgerwehler auf Grund von Vorschlagslisten der Plebiszitärkommission ernannt. Die Bürgerwehren werden auf drei Wochen fungieren und dann von der Abstimmungspolizei abgelöst werden.

Die deutsch-polnische Einigungsformel.

Zutritt der deutschen Parteien und Gewerkschaften.

Weschen, 27. August. (Z. I.)

Die Verhandlungen über die an Konstantin deutscherseits gerichtete Verständigungsnote haben ihren Abschluß gefunden. Die von uns bereits gestern mitgeteilten Punkte der Note sind nunmehr beiderseits angenommen worden mit dem Zusatz, ohne der Anwendung gesetzlicher Vorschriften vorzugreifen.“ Zu Punkt 2 bet. Ausweitung wurde ein Zusatz dahingehend angenommen, daß besonders die Elemente auszuweisen sind, die auf ungesetzliche Weise oder unter Mißbrauch der Amtsbefugnis das Abstimmungs-ergebnis zu beeinträchtigen suchen. Die Einigungsformel wird nunmehr der interalliierten Regierung unterbreitet. Die Plebiszitärkommission in Opper- und Groß-Schlesien soll durch eine Nebenkommission der Zusammenfassung der Vereinbarungen mit der paritätisch zusammengestellten Kommission aus 20 Mitgliedern unter Vorsitz eines Mitgliedes der interalliierten Kommission erfolgen.

Die deutschen politischen Parteien und die Gewerkschaften erlassen folgenden Aufruf:

Nachdem die Polen gestern durch Aufrufe und Versammlungen zur Ruhe gemahnt, zur Waffenabgabe aufgefordert, die Aufnahme der Arbeit, Zurückziehung der Posten, Unterlassung der Hauszünfungen und Durchziehung der Straßenbahnen durch ihre Leute gefordert haben, erziehen wir die deutsche Bevölkerung, bei Eintritt der Ruhe sich jeglicher Gewalttätigkeit gegen die Polen und Wiederverletzung oder Raube zu enthalten. General Veron hat zugestimmt, daß jeder, der die Gesetze übertreten hat, die volle Schwere des Gesetzes treffen wird. Wir müssen endlich zur Ruhe und zum Frieden kommen. Wir erwarten, daß die Bevölkerung der Aufforderung ihrer Führer Folge leisten wird.

Von der interalliierten Regierungskommission wird mitgeteilt: Es ist in der Presse eine Erörterung im Gange, nach welcher man vermuten dürfte, daß die interalliierte Kommission die Bewaffnung eines gewissen Teiles der Bevölkerung gebilligt hat. Die interalliierte Regierungskommission hat ihre Unparteilichkeit oft genug bewiesen, so daß kein vernünftiger Mensch berechtigt ist, zu zweifeln, daß sie alle Geschwindigkeiten, von welcher Seite sie auch kommen mögen, mit Nachdruck mißbilligt.

